

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Plurstraße 4/6, durch die Subskriptions-Expedition: Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen: Oberrheinische Str. 11, Plurstraße 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Bezugspreis freiliegend! Für die Woche vom 28. Oktober bis 3. November 8 Milliarden M.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3144.
Postfach-Konto: Postfach-Ring Breslau Nr. 5552.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 200 Millionen, aus dem Ausland 300 Millionen. Anzeigen im Zeitungsdruck 24 Milliar. ausm. 3 Milliar. Stellenangebote 300 Millionen, Anzeigen in den Zeitungsbeilagen, Vereins-, Besammlungs- u. Wohnungs-Anzeigen 250 Millionen. Anzeigen pro Wort 100 Millionen, das heißt pro Wort 200 Millionen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Plurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die SPD-Minister machen nicht mehr mit! heute Schicksalstag des zweiten Kabinetts Stresemann. — Kein sozialdemokratisches Kabinett in Sachsen. — Rüstungen der Reaktion in Schlesien.

Unehrlische Politik!

Der „Vorwärts“ teilt gestern mit: „Ueber die Vorgänge im Kabinett und in der Reichskanzlei sei noch das folgende festgestellt: Der Wortlaut des Ultimatums Stresemanns an Zeigner ist nicht das Ergebnis eines Kabinettsbeschlusses, vielmehr ist der Brief verfaßt und abgefaßt worden auf Grund des Art. 48 der Verfassung. Die sozialdemokratischen Minister waren lediglich über die Absicht des Reichspräsidenten informiert worden, den Rücktritt der sächsischen Regierung gegen die Ausschaltung der kommunistischen Kabinettsmitglieder zu erzwingen. Sie haben, wie bereits berichtet, ihre härtesten Bedenken gegen eine solche Absicht zum Ausdruck gebracht; leider vergebens. Ihre Zustimmung zu dem Ultimatum selbst ist nicht eingeholt worden. Vielmehr trägt der Reichskanzler allein die Verantwortung für diesen Schritt.“

Diese Mitteilung ergänzt unsere gestrigen Nachrichten über den gewissenlosen Mißbrauch mit einer allgemeinen Ermächtigung des Reichspräsidenten, deren Anwendung gegen Sachsen im gegebenen Zeitpunkt von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht worden war. Dem volksparteilichen Reichspräsidenten ist es in dieser Artie ganz offenbar auf ein Doppeltes angekommen: die Haltung der sozialdemokratischen Minister bei den eigenen Anhängern durch falsche Darstellung unmöglich zu machen und gleichzeitig damit die Eigenmächtigkeiten bürgerlicher Regierungskreise zu decken. Das erste ist ihm gelungen: die Erregung der werktätigen Bevölkerung über die Maßnahmen der Reichsregierung und die unehrlische — erlogene — Zustimmung ihrer sozialdemokratischen Mitglieder ist ungeheuer. Die Falschmeldungen des Weiskopf'schen Büros konnten verhältnismäßig spät in der sozialdemokratischen Presse aufgedeckt und gebrandmarkt werden; wir müßten ja an die Zusicherungen glauben, die unseren Ministern gegeben waren. Das zweite Ziel wird den bürgerlichen Täuschungsartisten der Koalitionspolitik aber auf keinen Fall gelingen. Wenn sie die Deckung der Sozialdemokratie für das unerhörte Vorgehen in Sachsen durch solche Manöver erschließen zu haben glauben, dann täuschen sie sich.

Gewiß, ein Ausscheiden aus der Koalitions-Regierung im Reiche bedeutet eine Schwächung unserer Machtposition. Die Arbeiter wissen selbst, wenn sie jetzt ihre Vöhrne in Goldspinnigen mit einem elenden Bruchteil des Friedenswertes ausgekauft bekommen, wie schwach ihre wirtschaftliche Kraft und damit ihr stärkstes Machtmittel außerhalb des Parlaments geworden ist. Für die Abwehr weiterer reaktionärer Angriffe wird diese Kraft aber noch ausreichen, wenn sie auch für die Offensivtät erst wieder neu gesammelt werden muß. Für unsere Abwehrkraft spricht deutlich als alles andere die Tatsache, daß auch nach dem Einrücken der Reichswehr in Sachsen eine rein sozialistische Regierung gebildet werden konnte und mußte.

Die außenpolitische Lage, das gemeinsame Interesse gewisser Kreise des Bürgeriums und der werktätigen Massen an der wirklichen Festigung der Währung, die Drohung der Rechtsradikalen und manches andere spricht auch weiterhin für Koalitionspolitik. Aber erste Voraussetzung dafür ist Ehrlichkeit auf beiden Seiten. Wenn das Bürgerium die Koalitionspolitik nicht mehr notwendig zu haben glaubt und die Koalition bricht, wie das jetzt geschieht, so können wir ihm nicht helfen. Die geschichtliche Sendung unserer Bewegung ist von Tageserfolgen nicht abhängig und wird sich auch dann erfüllen, wenn wir jetzt im ungünstigsten Augenblick ganz isoliert werden. Auch Klarheit ist immer noch ein Vorteil in der Politik. —m.

Die SPD-Minister wollen zurücktreten.

Ablehnung eines kommunistischen Ultimatums. Angesichts der Vorgänge in Sachsen haben die sozialdemokratischen Reichsminister dem Vorstand der Reichstagsfraktion ihre Absicht mitgeteilt, aus der Reichsregierung auszusteigen. Der Fraktionsvorsitzende hat in seiner Sitzung vom Dienstag die Minister ersucht, die Entscheidung der Reichstagsfraktion zu überlegen, die Mittwoch nachmittags um 1½ Uhr zusammentritt.

Für die Vertagung des endgültigen Beschlusses war unter anderem auch der Umstand von Bedeutung, daß eine Klärung der Regierungsfrage in Sachsen, über die am Dienstag in Dresden verhandelt wurde, abgewartet werden sollte.

Eine ultimativ formulierte Forderung der SPD, bis Dienstag, 6 Uhr abends, eine Antwort auf die Frage zu erteilen, ob man bereit sei, mit ihr sofort eine Einheitsfront zu bilden, wurde in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Sachsen und anderwärts abgelehnt. In den im dem Schreiben der SPD angefertigten Einzelforderungen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits selbständig sachlich Stellung genommen.

Eine sozialdemokratische Minderheits-Regierung in Sachsen.

Dresden, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschloß, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu bilden. Genosse Jellisch hat sich bereit erklärt, das Präsidium zu übernehmen. Die Demokraten werden die Regierung unterstützen, die sich noch am Dienstag abend dem Landtage vorstellt.

W.B. meldet heute bereits: In der heutigen Nachtigung des Landtages wurde der Abgeordnete Jellisch (Esp.) mit 46 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 18 Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Kaiser (D. Vpt.). Umgehend waren 71 Abgeordnete. Die Deutschnationalen hatten vor Beginn der Wahl den Saal verlassen, während sich die Kommunisten der Zustimmung enthielten. Abgeordneter Jellisch nahm die Wahl zum Ministerpräsidenten an, worauf die Sitzung geschlossen und auf Dienstag, den 6. November, vertagt wurde.

Genosse Jellisch, der langjährige Redakteur unseres Chemnitzer Parteiblattes, war bis zur Koalition mit den Kommunisten sächsischer Wirtschaftsmminister. Er gehört dem linken Flügel der Partei an, und ist aus seiner sozialpolitischen Einstellung heraus der eigentliche Führer der Opposition gegen die mehr durch die außenpolitischen Machtverhältnisse bestimmte Haltung unseres Parteivorstandes geworden; doch dürfte er den sozialdemokratischen Standpunkt in Verfassungsfragen mit ruhigerer politischer Abwägung wahrnehmen, als der temperamentvolle frühere Staatsanwalt Zeigner, dessen Kandidatur von seiner Seite wieder aufgestellt wurde.

Die Bildung der rein sozialdemokratischen Regierung bietet uns vor allem eine gewisse Gewähr dafür, daß Sachsen auch weiterhin durch die Art seiner Verwaltung neben Thüringen die dringend notwendige Barriere gegen das reaktionäre Bayern bilden wird. Dazu ist es aber notwendig, daß die Reichswehr nicht nur — wie das gestern bereits geschehen ist — die öffentlichen Gebäude in Dresden räumt, sondern ihre ganze sächsische Aktion restlos abbricht. Selbst bürgerliche Politiker müßten doch aus den „Erfolgen“ der letzten Tage einsehen, daß weitere militärische Maßnahmen in Sachsen nichts mehr bessern, aber alle Bedingungen zur Ruhe und Ordnung aufs Neue gefährden müssen. Auch außerhalb Sachsens ist die Erregung der Arbeiter wahrhaftig groß genug. Wenn die sozialistische Presse diese Stimmung nicht zum schärfsten Ausdruck bringt, so tut sie das, um die Stimmung nicht noch weiter zu schüren und um die werktätigen Massen davor zu bewahren, ihre Kraft in Unbesonnenheiten zu verpulvern. Wir können so die Verantwortung für die bis zur Siedehitze gestiegene Stimmung mit gutem Gewissen ablehnen. Die Heher sitzen in den Kreisen, denen gegen Proletariat und ihre Vertreter nicht militärisch genug aufgetreten werden konnte, während sie vor jeder „gewalttätigen“ Maßnahme gegen Bayern ängstlich warnen. —m.

Der Reichskommissar Dr. Heine hat die Erklärung abgegeben, es wäre ihm nichts lieber, als wenn der Landtag sofort zusammentreten könnte mit der Tagesordnung: Wahl eines Ministerpräsidenten. Dann würde er seine Mission als erledigt betrachten und sofort wieder von Dresden abziehen.

Letster amtli. Dollarturs (Berlin) 64,832

Nur halbes Einrenten der bayrischen Regierung.

Ohne Rahrs Zustimmung.

München, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Programmgemäß befaßte sich am Dienstag der bayrische Ministerrat mit dem durch das Schreiben der Reichsregierung verursachten Konflikt zwischen Bayern und Reich. Im Gegensatz zu den früheren Sitzungen, in denen derselbe Gegenstand behandelt wurde, waren diesmal Ra hr und Vossow nicht anwesend, dagegen der Berliner Gesandte v. Berger, der erst am Dienstag abend seine Rückreise nach Berlin antritt. Im Kabinettsrat kam erneut der Wille zu Verhandlung zum Ausdruck. Es ist damit zu rechnen, daß die bayrische Regierung sich bereit erklärt, die am 22. Oktober vorgenommene Verpflichtung des bayrischen Teils der Reichsmehrheit auf die bayrische Staatsgewalt wieder aufzuheben, es aber ablehnt, ihr Einverständnis zum Rücktritt des Generals Vossow zu geben.

Es ist bezeichnend, daß auch dieses halbe Einrenten nur in Abwesenheit des Generalsstaatskommissars Ra hr möglich war, der tatsächlich die ausübende Gewalt in Bayern in Händen hat. Unseres Erachtens darf sich die Reichsregierung auf keinen Fall mit solchen Halbheiten begnügen, wenn sie nicht den Rest ihrer Autorität einbüßen will. Ordnet Bayern sich nicht dem Verfassungsstand des ganzen übrigen unbesetzten Deutschlands wieder restlos ein, so sind dort dieselben Maßnahmen notwendig und möglich wie in Sachsen, wo sie aus viel geringfügigerem Anlaß getroffen wurden. Die verächtliche Kommunistenriechei und Beispitzelung auch sozialdemokratischer Führer in Bayern zeigt, daß die reaktionären Machthaber dort inmitten all ihrer bewaffneten Banden noch immer Angst genug haben. Wirtschaftsblockade und Reichserektivtäten gegen Bayern nur einmal versucht werden und die schwerste Bedrohung des Reiches und seiner Einheit bricht sicher dann wie ein Nachspul zusammen.

Die bayrischen Partikularisten für den Rechtsstandpunkt Zeigners.

München, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das führende Organ der Bayerischen Volkspartei in München, der „Bayrische Kurier“, bringt in seiner Dienstaussgabe einen grundsätzlichen, verfassungsrechtlichen Artikel zu der Reichsaktion in Sachsen. Dabei hat man berechtigten Grund zu der Annahme, daß die in diesem Artikel ausgesprochene Ansicht nicht nur als partei-, sondern auch als regierungsfeindlich zu betrachten ist. Der entscheidende Absatz dieses Artikels lautet: „Das Vorgehen des Reiches gegen Sachsen ist schlechterdings mit der Verfassung unvereinbar. Der Artikel 48, auf den sich die Reichsregierung beruft, gibt dem Reichspräsidenten wohl verschiedene Rechte: 1. das Recht, widerpenntliche Einzelakten zur Vorkommnis mit Hilfe der bewaffneten Macht anzuhalten (Wahf. 1.2), das Recht zu Notmaßnahmen (Wahf. 2). Dieses zweite Recht ist verfassungsrechtlich von dem ersten aus schließlich getrennt. Kraft des Exekutionsrechts hat der Reichspräsident nur eine Befugnis, nämlich die Befugnis der Exekution mit bewaffneter Macht, nicht aber das Recht zu anderer Macht. Kraft des Notrechts aber hat er zwar die Rechte, alle Maßnahmen vorzunehmen, die zur Wiederherstellung der Ordnung nötig sind, er hat aber nicht das Recht, Exekutionsmaßnahmen unter diesem Titel vorzunehmen, und er hat nicht das Recht, durch seine Notmaßnahmen die bundesstaatliche Struktur des Reiches aufzuheben. Das aber und nichts anderes bedeutet tatsächlich die Inanspruchnahme des Rechtes, Landesregierungen nach freiem Ermessen abzusetzen und Reichskommissare dafür einzusetzen.“

Es wirkt tragikomisch, die bayrischen Reaktionäre mit einem Mal für Sachsen einzutreten zu sehen — offenbar, weil sie jetzt die Anwendung der einheitsstaatlichen Rechtsauslegung auch gegen Bayern zu fürchten beginnen. Auf die Rechtsfrage selbst kommen wir noch zurück.

Auch die Demokraten verlangen energisches Auftreten gegen Bayern.

Die demokratische Reichstagsfraktion befaßte sich am Dienstag mit der innenpolitischen Lage. Nach Beendigung der Sitzung wurde eine Vertretung zum Reichskanzler geschickt, um ihn aufzufordern, endlich die Autorität des Reiches gegen Bayern durchzusetzen.

Wie die „Sturmtruppen“ der Reaktion dressiert werden.

Ein Verpflichtungsheft.

Als Angehöriger der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verpflichte ich mich auf deren Sturmfahrt: jeder Zeit bereit zu sein, im Kampfe um die Ziele der Bewegung Leib und Leben einzusetzen, zum unbedingten (!) militärischen (!) Gehorsam meinen Vorgesetzten und Führern gegenüber, in und außer Diensten mich ehrenhaft zu betragen.

Aus den Satzungen des Bundes „Oberland“.

gegründet im Dezember 1922 in Breslau. (Vorstand: Ruder a. D. Friedrich Kühlein, Krieg bei Breslau, Plattenstraße 18. Schriftführer: Rechtsanwalt Kleier, in Breslau. Geschäftsführer: Kaufmann Tjpper in Breslau, Sternschanze 12.)

§ 1. Der Bund bewirkt die Förderung des Wiederaufbaus des Vaterlandes, seine Mitglieder mit selbstlosem, deutschem Geist zu erfüllen und sie zu tätiger, kultureller und sozialer Arbeit zu erziehen.

§ 2. Mitglied kann jeder Deutsche werden, den der unabhängige Aufnahmeauschuss für würdig befindet.

§ 4. Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt:

1. wenn die Voraussetzungen, unter denen ein Mitglied aufgenommen wurde, falsch waren oder nicht mehr vorliegen;
2. bei schwerer Pflichtverletzung und unameradhaftem Verhalten;
3. bei wiederholtem oder ausdrücklichem Ungehorsam gegen die Weisungen des Vorstandes.

§ 5. Mit der Aufnahme in den Bund übernimmt jedes Mitglied die aus dem Zweck des Bundes sich ergebenden Pflichten und Verpflichtungen, den Vorstand in allen seinen Maßnahmen, die er zur Erreichung der Ziele des Bundes trifft, in selbstloser Weise unterstützen und seinen Anordnungen Folge zu leisten. Jedes Mitglied hat das Versprechen, seinen Verpflichtungen getreulich nachzukommen, bei der Versammlung der Mitglieder feierlich zu leisten.

§ 9. In den Händen des Vorstehenden liegt die Leitung des Bundes. Er allein ist dessen gesetzlicher Vertreter, bestimmt die Nachfolgerschaft im Vorstand und ist berechtigt, in allen Fragen zu entscheiden und zu handeln.

Aus einer Ansprache

eines Führers im „Deutschen Jugendbund Bismarck“

an den Ring der Jungführer (aus der Zeitschrift „Jung-Bismarck“, Februar 1923):

„Recht gebiete ich Euch und verbiete das Unrecht. Unsere Stunde gehört der Tat. Unbedingte Gelobenschaft müßt Ihr halten. Ich werde an Euch Forderungen stellen, die notwendig sind, damit alle Kräfte in Euch erwachen, deren der Jungführer bedarf.“

„Wandtes, was ich von Euch verlange, wird Euch nicht sofort klar sein. Aber fragt nicht warum; das Leben der Wirklichkeit gibt Euch die Antwort. Ich verpöndere Euch, daß ich ohne Rücksicht auf Namen und Herkunft auscheiden werde, wer sich nicht würdig zeigt.“

„Ich bitte Euch, bei allen Entscheidungen, die getroffen werden, mir bzw. dem Reichsbund das Wort zu lassen. Ich schätze keine „Stimmenerhebung“.“

Der Ringführer, Danzig-Langfuhr, Hauptstraße 57.

Diese Dokumente sprechen für sich selbst. Sie zeigen, wie jugendliche Menschen, auf Grund „nationaler“ Phrasen gewonnen, in die Schlingen von Organisationen gelang, deren Aufbau geradezu Verbrecherbanden wie die italienische Comorra, zum Vorbild hat. Die Forderung des unbedingten Gehorsams entgegen der eigenen Überzeugung im entscheidenden Augenblick lehrt immer wieder. Sie muß genügen, um strafrechtliches Einschreiten in allen diesen Fällen zu rechtfertigen.

Bolschewistische Verwaltungsmethoden des Herrn von Raahr!

München, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der bayrische Generalstaatskommissar von Raahr hat bekanntlich eine Reihe bolschewistischer Geschäftsleute ausgewiesen. Einem Teil von diesen ging folgende Anordnung der Polizei zu:

„Herrn . . . betr. Wegweisung.“

Es wird Ihnen hiermit eröffnet, daß es unterliegt ist, aus Ihrem Geschäft Waren, Nachstoffe, Halbfabrikate, Fabrikate, Maschinenenteile oder andere Gegenstände herabzubringen oder fortzuführen zu lassen. Ihr Betrieb muß in vollem Umfange weitergeführt werden und Sie werden aufgefordert, einen Betriebsleiter für Ihr Geschäft zu bestellen und den Namen des Betriebsleiters der Polizeidirektion sofort anzuzeigen. Im Falle der Weigerung wird der Betriebsleiter durch die Polizeidirektion aufgestellt. In diesem Falle erfolgt die Weiterführung des Geschäftes oder Betriebes und dessen Veräußerung — unbeschadet der Rechte Dritter, die vor Zustellung dieser Anordnung entstanden sind — zu Gunsten der bayrischen Staatskasse. Im Falle der gegen die Ausweisung eingewendeten Beschwerde Parteigebende wird, ist vorstehende Anordnung hinfällig. Der Polizeipräsident, gen. Mantel.“

Die Geschäftsbeschlagnahme, einschneidende Entziehung und Konfiskation im Wege der Verstaatlichung war bisher nur in Sowjetrußland und im kommunistischen Deutschland gebräuchlich. Der „nationale“ Parteipräsident Raahr verplant solche Methoden nach Deutschland. Wir erwarten mit Spannung, wie sich die deutschen Nationalen unter dem Vorzeichen dieses Angriffes ihres Siebells auf den Eigentumsbegriff abfinden werden.

Ausschlußanträge gegen Ebert

Im Reichsamt für Parteiverfahren bzw. Funktionärversammlungen in Berlin, Chemnitz und Gießen sind in Berlin angenommen worden. Bei der jetzigen Zusammenkunft des Berliner Bezirksverbandes halten wir die Durchführung für möglich, wie ja Ebert zeitweise auch aus seiner Gewerkschaft eine provisorische Ausschließung bekam. Wie damals die Generalversammlung des Sächsischen Bezirks aber auch diesmal der Parteiverfahren bei ruhiger Prüfung zu einem anderen Ergebnis kommen als die bisherigen Instanzen, zumal bereits bekannt ist, daß Ebert den entscheidenden Schritten gegen Sachen nicht einmal die formale Zustimmung gegeben hat, sondern daß in diesen Fällen ein eigenständiges Vorgehen teils der Reichsamt, teils des Reichswehrministeriums bzw. ihrer Dresdener Organe vorliegt.

Die Berliner Funktionärskonferenz forderte auch Ausschluß der sozialistischen Minister aus der Reichsregierung, was durch die Reichsamtinstanz der Minister bereits überholt ist. Sie fordert ferner angelehnt der damit entscheidenden Lage „ideelle“ Vorbereitung eines Generalstreiks.

Generalversammlung

der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hielt am 6. und 7. Oktober in Magdeburg ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zahlreiche Delegierte, auch aus den besetzten Gebieten, waren anwesend. Die beiden Hauptberatungsgegenstände waren die Frage des Bürgerkrieges und die Ruhr- und Rheinfrage. Ausschärfte der Gefahr des drohenden Bürgerkrieges stellte die Generalversammlung die vom pazifistischen Standpunkt selbstverständliche Forderung auf, alle ungelöstlich bewaffneten Organisationen züchtungslos aufzulösen. Der „in der einseitigen Auflösung republikanischer und sozialistischer Abwehrorganisationen“ nicht die Friedensgesellschaft eine Forderung, die nur geeignet ist, die Gefahr einer blutigen Eroberung der Reichsregierung zu steigern. Sollten die Privatorganisationen der Gewaltpolitik trotz aller auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Arbeit der Bürgerkrieg ausbrechen, dann läßt sich keinen Zweifel darüber, daß sie mit allen ihren Kräften und Mitteln auf der Seite der Verteidiger der Republik stehen und diesen Kampf als den ihrigen betrachten wird. — Verzeiß der Ruhr- und Rheinfrage wurde einstimmig die Forderung erhoben: Nachdem der passive Widerstand beendet ist, muß die Reichsregierung und der Reichstag mit der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Ernst machen und für deren Durchführung und zugleich für die Gewährung der Reichsfinanzen durch weitestgehende Eröffnung der Sachverhalte Sicherheit schaffen. Weiter fordert die Deutsche Friedensgesellschaft, von der französischen und belgischen Regierung, daß die besetzten Teile Badens sofort freigegeben, die im Verlaufe des Ruhrkampfes verhängten Maßnahmen (Anweisungen, Beschlagnahmen, Eingriffe in die geordnete staatliche Verwaltung) rückgängig gemacht, und sobald Sicherheit für die Erfüllung der Reparationen gegeben ist, das Ruhrgebiet geräumt werde. Die Deutsche Friedensgesellschaft „warnt vor dem neuerdings immer härter hervortretenden Gedanken an den Weg der Gewalt, dessen Beibehaltung unausdenkbares Elend und das Ende der deutschen Einheit bedeuten würde.“ Sie warnt ausdrücklich, das deutsche Volk vor dem sich breit machenden Untertanen, die die Wehrführung der allgemeinen Wehrpflicht zu fordern, Deutschland damit wehrlos der Gewalt der alliierten Mächte preiszugeben und das heilige Recht des Menschen, das Recht auf Leben, von neuem zu verweigern.“

Gewerkschaftsbewegung.

Ortsauschuhmitglieder und Gewerkschaftsvorstände.

Die für heute bekannt gemachte außerordentliche Vollversammlung des Ortsauschusses und der Gewerkschaftsvorstände beginnt nicht um 1/4 Uhr, sondern um 4 1/2 Uhr nachmittags.

Zum Beamten-Abbau.

WVB. meldet: Beim Abbau des Personalkörpers des Reiches sollen zunächst alle über 65 Jahre alten Beamten entlassen werden. Im übrigen soll der Personalkörper um 25 Prozent vermindert werden. Um einen Anreiz zu freiwilligem Ausscheiden zu geben, wird den Beamten eine Reihe von Vergünstigungen geboten. Lebenslanglich angestellte Beamte können auf Antrag gegen Gewährung einer Abfindungssumme, die nach dem Dienstalter abgestuft ist und das Ein- bis Zweifache des letzten monatlichen Einkommens beträgt, entlassen werden. Lieberjährige Personen sollen von amtswegen entlassen werden, wobei in erster Linie die Leistungsfähigkeit entscheidet. Bei gleichwertigen Leistungen und gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen scheiden die über 60 Jahre alten Beamten aus. Berücksichtigt wird auch der Familienstand und die Zahl der zu versorgenden Kinder. Schwer beschädigte Beamte kommen in letzter Linie in Frage. Der Beamte selbst und die Beamtenvereine sind für richtige Würdigung der sozialen Verhältnisse anzuhaltend. Politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung dürfen keinen Grund zur Entlassung bilden. Für Beamte mit über zehnjähriger Dienstzeit ist Verleihung in den einstweiligen Ruhestand mit Wartegeld, das je nach der Dienstzeit 40—80 v. H. beträgt, vorgesehen. Für verheiratete weibliche Beamte und Lehrerinnen wird die Kündigungsmöglichkeit eröffnet, auch wenn sie bereits lebenslanglich angestellt sind, aber nur, wenn die wirtschaftliche Versorgung gesichert ist. Die nach der Verfassung bestehenden Ausnahmeverordnungen für weibliche Beamte müssen eingeschränkt werden, da sich die Beschäftigung verheirateter Frauen als den dienstlichen Interessen abträglich herausgestellt hat. Beamten und Beamtenanwärter dürfen nicht eingestellt werden. Bis zum 1. April 1924 ist eine Beschränkungsliste angeordnet. Angestellte sollen, soweit zwingende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, gegen Abfindungssumme entlassen werden, die weiblichen Angestellten letztere aber nur dann erhalten, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung nicht gesichert ist. Eine Kürzung der Summe bzw. der Wartegelder tritt ein, wenn der Verfolger noch ein weiteres steuerbares Privat Einkommen bezieht. Eine Reihe von Bestimmungen auf dem Gebiete des Besoldungswesens bilden eine weitere erhebliche Einschränkung der Ausgaben.

Der Arbeitsmarkt in Schlesien.

In der vorigen Woche lag die Zahl der Erwerbslosen von rund 38 500 auf rund 44 000. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug 70 000 (etwa 6000 mehr als in der Vormoche) bei einem Rückgang von etwa 1000 gemeldeten offenen Stellen (Gesamtzahl der gemeldeten offenen Stellen 2400).

In der Landwirtschaft waren nur ganz wenige offene Stellen gemeldet (Dienstmädchen, junge Burken), die Zahl der Arbeitsuchenden überstieg hier bei weitem die Nachfrage. Verheiratete Landarbeiter sowie Gutsbeamte waren nicht unterzubringen. Auch war das Angebot an Gärtnerinnen sehr groß.

Im Bergbau bestand kein Bedarf an Arbeitskräften. In Oberschlesien sind im allgemeinen die Grubenbetriebe nicht mehr aufnahmefähig und lehnen auch vereinzelte Einstellungen von Arbeitskräften ab. Wegen Lohnunterschieden ist am 20. Oktober die Belegschaft der Gleiwitzer Grube in den Streik getreten, dem sich weitere Grubenbetriebe im Bentheimer Bezirk angeschlossen haben. Zeitungsnachrichten zufolge ist am Freitag, den 26. Oktober in der gesamten Montanindustrie Oberschlesiens (Gruben und Hütten) der Generalstreik erklärt worden. Im Raubauer Bezirk hat sich die bereits verurteilte Belegschaft der Grube „Gillau“ in Zschömen (650 Leute) dem streikenden mitteldeutschen Braunkohlengruben angeschlossen.

In der Industrie der Steine und Erden sind in der Ziegler- und Zementindustrie weitere Stilllegungen erfolgt (Liegwitz, Breslau, Trebnitz, Glas, Reichenbach, Sagan, Strehlen, Brieg, Waldenburg und Frankenstein). Die Steingutwerke Carlomag in Breslau entlassen circa 100 Fabrikarbeiterinnen. In den Steinbrüchen des Strehleiner Bezirkes wird voll gearbeitet. Auch in der Striegauer Steinbruchindustrie waren die Entlassungen nur gering. Stillgelegt wurde die Glasfabrik Weidrauch & Zimmer in Weidenschütz, Kreis Waldenburg. Größere Entlassungen von Arbeitskräften der Porzellanfabrik Vetterwig, Kreis Frankenstein, stehen bevor. Von einer Diamantfabrik in Liegnitz wurde Betriebsstilllegung in Aussicht gestellt.

In der Metallindustrie vermehren sich die Klagen über Einschränkungen und Stilllegungen. Das Kältemerkel in Warmbrunn, Kreis Hirschberg, mußte eine Anzahl Schmelze entlassen. Auch im Liegnitzer Bezirk fanden weitere Betriebs-einschränkungen und Stilllegungen statt. So bei einer Kältemerkel-fabrik und einer Pianofortefabrik; von zwei Maschinenfabriken wurden Betriebsstilllegungen in Aussicht gestellt. In Liegnitz mußte eine Maschinenfabrik zur Arbeit einführen. In der Freiburger Maschinenindustrie wird in einigen Betrieben verfahren gearbeitet. Entlassungen haben in Kattowitz. Bei der Maschinenfabrik Kuhl & Hippis in Sauer fanden Entlassungen statt, ebenso bei einer Drahtfabrik im Bieleger Kreise.

In der chemischen Industrie waren wesentliche Veränderungen in der ungünstigen Arbeitsmarktlage nicht zu beobachten.

In der Textilindustrie wurden aus dem Raubauer Bezirk zahlreiche Stilllegungen gemeldet. Die mechanische Weberei in Ruhland, Kreis Tollenhain, mußte stillgelegt werden und über 120 Arbeiter zur Entlassung bringen, ebenso in Friedland die mechanische Weberei Pabel & Söhne; andere dort befindliche Textilbetriebe nahmen weitere Verkürzungen der Arbeitszeit vor. In Striegau hat die Strumpffabrik von Köhner ihre sämtlichen Strickmaschinen zur Entlassung gebracht, andere kleinere Betriebe haben Kurzarbeit angeordnet. In Liegnitz arbeitet die Wollwarenfabrik Leichmann nur noch 16 Stunden, die Firma Holländer nur 6 Stunden in der Woche. Weitere Liegnitzer Textilbetriebe haben ebenfalls verkürzte Arbeitszeitverkürzung einführen müssen, daselbst ist der Fall bei der Wollweberei für Schellische Leinwandweberei in Liegnitz. In Liegnitz haben die Strickwarenfabriken Sühmann & Wolff einen Teil der Maschinen entlassen müssen. Wieder voll arbeitet die Weberei der Siemens-Wollweberei in Schweidnitz infolge größeren Eingangs von Aufträgen.

Aus der Papierindustrie wurde die Stilllegung in der Saganer Papierfabrik gemeldet, die gesamte Belegschaft (etwa 75 Personen) wurde entlassen.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe fanden größere Stilllegungen in Liegnitz statt (Holzspielwarenfabrik Knoll, Kupus-möbelfabrik Gärtner und die Möbelfabrik und Kunsttischlerei Kahlf). Arbeitszeitverkürzung führte eine Streichholz- und Schachtelabrik in Niederbarnau, Kreis Habelschwerdt, ein. Gleichfalls wurde ein Dampfjägewerk in Prießau, Kreis Sagan, stillgelegt.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mußte die Warmbrunner Biskuit- und Kaffeebäckerei mit ihrer Belegschaft von etwa 50 Arbeitskräften schließen. Ebenso fanden Entlassungen aus einer Schokoladenfabrik in Strehlen statt. Voll gearbeitet wird noch in der Konfervenfabrik in Strehlen und in Müllersberg. Eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes trat durch die Inbetriebnahme der Zuckerfabriken in Hannau ein, es konnten hier 250 Erwerbslose Beschäftigung finden. Entlassungen fanden in der Breslauer Tabakindustrie statt (Tabakfabrik Sultan). Im Bekleidungs-gewerbe hält die Vertriebsunternehmung der Arbeitsmarktlage an. Nach wie vor steigt die Zahl der sich arbeitslos machenden selbständigen Handwerker, Schuhmacher und Schneider stark.

Im Baugewerbe ist nach wie vor die Arbeitsmarktlage äußerst ungünstig.

Im graphischen Gewerbe fanden infolge Stillstands in Breslau mehrere tüchtige Maschinenmeister sowie Personal Beschäftigungsmöglichkeiten.

Im Verkehrsgewerbe wird in Oberschlesien verfürzt gearbeitet, auch in Hirschberg und Breslau fanden verschiedene Betriebs-einschränkungen bei Speditionsfirmen statt. Für kaufmännische sowie Büroangestellte ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor äußerst ungünstig. In der Berichtswache fanden weitere Entlassungen seitens der Behörden statt.

! Stoffe für Mäntel auf Teilzahlung !

ohne Aufschlag auch bei Geldentwertung, also fester Papiermarkpreis!

! Anzüge für Mäntel auf Kostüme !

! ohne Aufschlag auch bei Geldentwertung, also fester Papiermarkpreis! !

Streikbeendigung in Deutsch-Oberschlesien?

Eine am Sonntag in Hirschberg abgehaltene Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Berg- und Hüttenbetriebe in Deutsch-Oberschlesien haben mit überwältigender Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Kurzzeitige Verlängerung der Demobilisierungsverordnung über die Arbeitszeit.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Gültigkeit der Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten läuft am 31. Oktober ab, so daß eine Verlängerung der Geltungsdauer erforderlich geworden ist. Die Reichsregierung hat diese Verlängerung bis einschließlich Sonnabend, den 17. November, beschlossen. Bis dahin ist mit einer Verabreichung des vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit, das die Demobilisierungsverordnungen ersetzen soll, zu rechnen, da der Reichstag voraussichtlich wieder am 6. November zusammentritt.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik beendet?

Im Hafenarbeiterstreik fällt der Sonderprüfungsausschuss einstimmig einen Schiedsspruch, nach welchem bis 31. Oktober der Gehalt 64,89 Milliarden beträgt. Es wird angenommen, daß die Mehrzahl der Arbeiter dem Schiedsspruch zustimmen und am Montag sich wieder zur Arbeit einstellen wird.

Richtpreise des Nahrungsmittelgroßhandels vom 30. Oktober

im Verkehr mit dem Einzelhandel (offiziell festgelegt nach ministeriellen Richtlinien durch die bestellte Notierungskommission). Die Preise verstehen sich in Millionen Mark für 1/2 kg ab Lager Breslau.

Dollarkauf: 65 000 000 000.			
Getreidegruppen	2300—2700	Wassermelone, 100 Stk.	30 600—35 000
Sofortgetreide, lose	2300—2650	Wassermelone, lose	2350—2500
Weizengetreide	2650—2800	Wassermelone, lose	2100—2500
Wassermelone	2100—2400	Wassermelone, Meßer	4800—6000
Kartoffelgetreide	2500—3000	Kartoffelgetreide	4500—6000
Wassermelone, lose	2500—3000	Wassermelone, lose	23 000—25 500
Schmalz, amerik.	4000—4700	Kartoffelgetreide, amerik.	15 200—21 000
Wassermelone	8150—8800	Wassermelone, amerik.	10 000—11 000
Wassermelone, amerik.	4000—4600	Wassermelone, amerik.	3600—4500
Wassermelone, amerik.	2500—2750	Wassermelone, amerik.	7000—8000
Wassermelone, amerik.	3100—3800	Wassermelone, amerik.	9300—14 000
Wassermelone, amerik.	3500—4000	Wassermelone, amerik.	19 000—22 000
Wassermelone, amerik.	4000—4500	Wassermelone, amerik.	15 200—18 500
Wassermelone, amerik.	14 600—14 800	Wassermelone, amerik.	17 200—18 500
Wassermelone, amerik.	14 500—16 500	Wassermelone, amerik.	18000—11 800
Wassermelone, amerik.	9 875—12 900	Wassermelone, amerik.	510—560
Wassermelone, amerik.	430 000—450 000	Wassermelone, amerik.	820—850
Wassermelone, amerik.	800 000—850 000	Wassermelone, amerik.	8000—7700
Wassermelone, amerik.	22 500—27 500	Wassermelone, amerik.	4000—4400

*) ab Kattowitz, **) ab Breslau.
Für den Einzelhandel sind die entsprechenden genehmigten Verkaufspreise zu den Einkaufspreisen hinzuzurechnen.

Unsere Baluta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	30. 10.	29. 10.
für 1 amerikanischen Dollar	64 838,0	64 833,0
1 englischer Pfund	239 275,0	269 275,0
1 französischer Franc	3 791,0	3 771,0
1 holländischer Gulden	25 137,0	25 137,0
1 Schweizer Franc	11 671,0	11 571,0
1 österreichische Krone (abgef.)	915 000	908 000
1 holländische Krone	1 895,0	1 895,0
1 holländische Krone	11 172,0	11 172,0

Alle in Millionen, mit Ausnahme Österreichs.

Bereinstellender.

Der Reichsausschuss für den Reichsbau hat am Donnerstag, den 1. November, nachmittags 6 1/2 Uhr, die Generalversammlung der Reichsindustrie und des Metallgewerbes einschließlich Elektrowerkzeugen, am 1. November, abends 8 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses, Sitzung. Bericht über die Rohwarentendungen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 31. Oktober.

Bereinigter Sozialdemokratischer Parteivorstand.

Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuss. Die im Monat November stattfindende Versammlung findet am Donnerstag, den 1. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, statt. Referent: Genosse Schulrat Wagner spricht über: „Die Gefahr der Beschulung blinder und taubstummer Kinder und das Krüppelfürsorgegesetz.“ Zahlreicher Besuch erwünscht.

Jungsozialisten. Donnerstag, abends 8 Uhr, Arbeitsgemeinschaft: „Soziale Revolution.“ — Sonntag spricht Genosse B. Biersbaum über: „Die Politik des Tages.“

Arbeiterkinderfreunde. Zum Montefestivus und zur wichtigen Sprechung treffen wir uns am Donnerstag, 6 Uhr, Zimmer 3.

Die Mietzuschläge für November.

Der Magistrat schreibt: Infolge der gerade im letzten Monat besonders stark fortgeschrittenen Geldentwertung mussten die Mietzuschläge für November ganz bedeutend heraufgesetzt werden.

Die Zuschläge für Verwaltungskosten sind auf das 57. 65. und 70 Millionenfache für Häuser bis zu 8, 16 und mit mehr als 16 Wohnungen und bei anerkannten Geschäfts-, Büro- und Industriebüroaufbauten auf das 142 Millionenfache der Grundmiete festgesetzt worden. Ebenso wurden die Zuschläge für laufende Instandsetzungen auf das 1,42 Milliardenfache, bei Geschäfts-, Büro- und Industriebüroaufbauten auf das 1,7 Milliardenfache und der Zuschlag für große Instandsetzungen auf das 620 Millionenfache erhöht werden.

Im Einklang mit der Mehrheit der Mieter- und Vermietervertreter ist ferner für den Monat November ein Wertsteuersatz von 20 Prozent in Höhe des 20 Millionenfachen der Grundmiete festgesetzt worden. Sollten diese Zuschläge zur Befriedigung der tatsächlich entstehenden Betriebskosten nicht ausreichen, so wird der Mehrbetrag unter Vorlegung der Belege gemäßigterweise als bald durch Umlegung von den Mietern aufzubringen sein, da dem Eigentümer sonst durch die ungedeckte Zahlung an die Betriebswerke bei etwa fortwährender Geldentwertung ein Schaden entsteht, der ihm billigerweise nicht zugemutet werden kann. Andererseits werden die Hausbesitzer die empfangenen Betriebskostenvorschüsse als bald zum Ankauf von Gütern für Gas oder Elektrizität zu verwenden haben, damit die Mieter im Falle weiterer Steigerung der Kosten für die Betriebswerke trotz vorübergehender Zahlung nicht geschädigt werden. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die jetzt nicht mehr ausstehende Instandsetzung der Ofen und Wasserleitungen besondere Mittel erfordert, sind die Zuschläge für laufende Instandsetzungsarbeiten, abgesehen von der eingetragenen Geldentwertung, erhöht worden. Diese Erhöhungen reichen zwar nicht aus, um alsbald alle künftigen Ofen und Wasserleitungen auszubessern zu lassen; Vermieter- und Mieterorganisationen sowie die Mietervertretungen werden daher nützlich arbeiten, wenn sie über die Reichfolge der Instandsetzungen zwischen Vermietern und Mietern ein Einverständnis erzielen. Die für diese Arbeiten in die laufenden Zuschläge eingerechneten Beträge sind jedoch so ausreichend bemessen, daß die Grundmiete-eigentümer mit einer angemessenen Verzinsung und Tilgung innerhalb der regelmäßigen Wiederkehr solcher Arbeiten rechnen können. Notwendig hierbei ist, daß die Mieter die Gesamtmiete pünktlich bezahlen, da sonst bei weiterem Währungsverfall dem Vermieter die Mittel für die Ausführung der Arbeiten fehlen. Ein etwaiger Verzug bei der Zahlung der Miete verpflichtet den Mieter zum Ersatz des Schadens, der bei Fortschreiten der Geldentwertung recht hoch sein kann.

Der Magistrat hat sich trotz Steigerung der Kosten für die übrigen Lebensbedürfnisse nach eingehender Beratung zu den Erhöhungen entschlossen, weil sonst der starke Rückgang der Breslauer Häuser wertlos fortgeschritten, und damit das Wohnungswesen noch größer würde. Zur richtigen Würdigung der siffernmäßig hohen Zahlen kann ermannt werden, daß die Aufwendungen für die Wohnungsummehre etwa das 1,5 Milliardenfache, die Gehälter etwa das 1,4 Milliardenfache der Vorkriegszeit betragen und ein Erwerbsloser einschließlich der Unterstützung für Ehefrau und zwei Kinder schon nach dem Stande am Ende voriger Woche monatlich rund 620 Milliarden bezog.

Erhöhungen am Lohnstage!

Jede Woche kann man die sich immer wiederholende Tatsache beobachten, daß die Preise fast aller Lebensmittel am Freitag, besonders aber am Sonnabend, erheblich ansteigen. An beiden Tagen finden bekanntlich Lohnzahlungen statt, aber auch andere Familien werden an diesen Tagen manchmal für die ganze Woche ihren Bedarf an Lebensmitteln. Es ist dies für Leute, die so viel Geld ausbringen können, bestimmt viel vorteilhafter, als wenn eine Frau nur soviel zur Verfügung hat, wie sie täglich im Haushalt benötigt. Allerdings werden die letzteren die überwiegende Mehrheit darstellen. Trotzdem ist das Gebahren der Geschäftslente an den beiden letzten Wochentagen unfair. Schon Freitag sind die Lebensmittelpreise erheblich höher als Donnerstags. Kommt man aber am letzten Freitag noch gute Wäcker mit 16 und 18 Milliarden kaufen, so kostete diese Ware am Sonnabend 20 und 24 Milliarden. Für dieselben Eier, die am Freitag abend in demselben Korbe lagen und für 1 Milliarde verkauft wurden, forderte man am Sonnabend 1 1/2 Milliarden. Für Kartoffeln verlangte man am Freitag den enorm hohen Preis von 250 Millionen Mark für das Pfund, am Sonnabend kostete das Pfund 300 Millionen. Sie war von einem Tage zum anderen um eine Milliarde teurer geworden, forderte also statt 3 400 000 000 4 400 000 000 Mark. Dasselbe Schauspiel sah man beim Pfauentanz, das am Freitag 5 Milliarden, am Sonnabend 6 Milliarden das Pfund kostete. Sogar das Fleisch hatte trotz des feststehenden Dollars keine Preise um 1-2 Milliarden pro Pfund heraufgesetzt. Es muten diese Preissteigerungen um so merkwürdiger an, als die vorgenannten Lebensmittel doch unsere eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind. Dem gegenüber hielten Margarine und Schmalz den Preis vom Tage zuvor. Wie die Vorkommnisse lösen natürlich erregte Debatten unter den Markthallen- und Geschäftsbesuchern aus. Mit Recht wehren sich alle, die darauf angewiesen sind, am Wochenende einkaufen zu müssen, dagegen, die Opfer eines unfaulteren Geschäftsgebarens zu werden. Die Geschäftswelt sollte alles vermeiden, was die ohnehin schwer um das tägliche Leben kämpfende Masse noch mehr verdirrt.

Zustände bei der Provinzial-Genossenschaftsbank.

Aus Bankamtenreisen wird uns geschrieben: Ein Zeichen, wie wenig manche Leute gelernt haben, sind die Zustände bei der Provinzial-Genossenschaftsbank. Der dortigen Aktienabteilung steht der Direktor Krusch vor, der seit einiger Zeit diesen Posten inne hat und ihn anscheinend infolge des Ungezogenheits noch nicht ganz beherrschen kann, wenn man sich einmal den Aktienkreis eines solchen Volkes von der sozialen Seite aus betrachtet. Sein Arbeitsprinzip scheint das des Sozialkapitalismus zu sein: Angestellte sind Ware, über die man frei verfügen kann. So belästigt eine Bank, trotzdem das Arbeitszeitgesetz noch eingeführt

ist, den 10-Stundenarbeitsstag. Was kommen wird, wenn dieses Gesetz erst in Kraft sein wird, kann man der Bemerkung des Herrn Direktors entnehmen, wenn er zu seinen angestellten Damen sagt: „Na, ich werde Euch das Arbeiten schon beibringen, die Nächte durch laßt Ihr mir sitzen!“

Weiter! Bis vor einigen Tagen bestand bei dieser Bank noch der Acht-Stunden-Arbeitsstag mit Leberstunden-Zwang, wobei es dann ganz im Belieben des Direktors stand, diese zu bezahlen. Die Hälfte der Stunden wurde überhaupt nicht bezahlt, während die anderen so bezahlt wurden, daß man für ein Stundenlohn kaum mit der Straßenbahn nach Hause fahren konnte. Sparmaßnahmen einer Bank, die, wie alle, kolossale Verdienste einheimt!

Die Tyrannei des Herrn Direktors geht so weit, daß man sich fürchten muß, sich krank zu melden. So sagte eine Dame, die sich vor Krankheit kaum aufrechterhalten konnte, daß sie sich fürchte, sich bei dem Direktor krank zu melden.

Viel Schuld an diesen unheilbaren Zuständen tragen die männlichen Angestellten dieser Abteilung und der Angestelltenrat, die hier nicht eingreifen. Die männlichen Angestellten, leider meist junge Herren, müssen schon so viel Blut besitzen, die berechtigten Interessen der Angestelltenchaft zu vertreten. Sie sollten sich einmal um das Betriebsrätegesetz kümmern. Geheißt von dieser Seite nichts, so werden wir die nötigen Schritte unternehmen, um dem Herrn Direktor die fehlenden Eigenschaften zu seiner Stellung anzuverleihen!

Partei-funktionäre!

Freitag, den 2. November, abends 7 1/2 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:

Funktionär-Versammlung

Tagesordnung: Die politische Situation der Stunde. Die außerordentlich ernste Lage verpflichtet alle Partei-funktionäre, zu erscheinen.

Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch und Ausweis.

Wertbeständiges Notgeld für Schlesien.

Für das von der Kommunalbank für Schlesien herausgegebene Notgeld gelten nach dem heutigen Kurs der Goldanleihe (95 Milliarden) folgende Umrechnungssätze:

Table with 2 columns: Goldmark, Papiermark. 1 Goldmark = 15 476 Millionen Papiermark. 0,50 = 7 738. 0,20 = 3 095.

Vom Arbeiter-Bildungsausschuss.

Für das 2. Orchesterkonzert, einen Hand- u. Mozart-Abend, am Mittwoch, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses werden unsere Vertrauensleute gebeten, am Donnerstag Abend Eintrittskarten im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses in Empfang zu nehmen.

Arbeiterkinderfreunde.

Für diesen Mittwoch haben wir einen Raumbeltrag von 30 Millionen angenommen. Es sollte aber keinem unserer kleinen Freunde unmöglich gemacht werden zu erscheinen, selbst wenn der Vater arbeitslos oder Anzugerbeiter geworden ist. Wenn es möglich ist, schiedt mehr mit, und wer es nicht kann, der kommt mit wenigerem. Bedenkt, liebe Eltern, wie gerade in den letzten Tagen wieder ungeheuer die Preise in die Höhe gegangen sind. Ein Schieferstift kostet 150 Millionen. Die Beleuchtungskosten steigen von Tag zu Tag.

Die Arbeit des Wuchergerichts.

In Breslau und im Landstrich scheint es keine großen Wucherer und Schieber zu geben, sonst müßte doch hin und wieder einmal einer dem Wuchergericht in die Finger laufen. So waren es wieder nur kleine Sachen, die das Breslauer Wuchergericht abzurteilen hatte und es verhängte auch nur kleine Strafen. Vornehmlich waren es wieder Viehhändler und Fleischermeister, die auf dem Breslauer Viehmarkt zu hohe Preise gefordert hatten.

Der Fleischermeister Oswald Metchner aus Gosschütz hatte am 24. Januar zwei kleine Schweine auf dem hiesigen Viehmarkt angeboten, den Zentner zu 220 000 und 222 000 Mark. Die höchste Breslauer Notiz war aber nur 100 000 Mark. Der Staatsanwalt beantragte im Anbetracht der gewaltigen Preissteigerung einen Monat Gefängnis, 50 Milliarden Geldstrafe und Publikation des Urteils. Das Gericht erkannte auf 30 Milliarden Mark Geldstrafe.

Der Fleischermeister Alfred Ritsche aus Wolslau verlangte am 31. Januar für einen Bullen, den Zentner Lebensgewicht 170 000 Mark, obwohl 130 000 Mark angemessen waren. Ritsche sagte, es sei ein erstklassiges Tier gewesen. Da diesen Einwand jeder Angeklagte macht, und auch die Sachverständigen ihr Gutachten dahin abgaben, betonte der Vorsitzende, daß es bei solcher Beurteilung überhaupt keinen Preiswucher mehr geben und die Wuchergerichte überflüssig sein würden. Eine Grenze müsse es aber doch geben. Das Gericht erkannte wegen Preisfreiberei auf 20 Milliarden Geldstrafe.

Eine andere Verhandlung, die mit Preisprechung endete, betraufte treffend die Zustände auf dem Lande. Der Fleischermeister Gatzsch aus Wilschou hatte dem dortigen Stellensbesitzer Gustav Zange einen viel zu hohen Preis für ein Kalb bezahlt. Zange führte zu einer Entschuldigungsanfrage, daß der Käufer gar nicht lange Zeit habe, sich zu befinden, sonst käme ein anderer Händler, der mehr biete und es mit leichter Handen da. Ebenso katastrophal sei es auch mit der Preisbildung. Während er in der vergangenen Woche noch ein Hind und ein Schwein habe kaufen können, reichte kein Geld in dieser Woche gerade noch auf ein Kalb.

Die Milchhändlerin Luise Steffen auf der Steinstraße hatte am 13. August für das Pfund Butter 1 350 000 Mark gefordert. Sie selbst hatte die Ware aber mit 800 000 Mark eingekauft. So sah ihr Verdienst ein ganz übermäßiger war. Sie wurde zu 20 Milliarden Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein anonymer Protest.

Gegen die Deckung der Tumultschäden durch eine Umlage auf Gas, Wasser und Strom werden von unbekannter Seite Unterschriften gesammelt. Man hat sich zuerst an den „Generalanzeiger“ gewandt, dem die fraglichen Kreise vielleicht nahe stehen. Als Ersatz für diese Umlage wird eine Schlemmersteuer vorgeschlagen.

Sehr schön! Schon lange suchen die Sozialdemokraten in allen Gemeindeparlamenten des Reiches nach einem Wege, die Schlemmer wirksam zu treffen. Woran erkennt man den Schlemmer? Wie unterscheidet er sich vom normalen Gast oder Reisenden? Der Schlemmer trinkt und laßt sich überall herum- und hat nicht nötig, an einer Stelle große Beiden zu machen. Er braucht nicht einmal verführerische Lokale aufzusuchen; es genügt schon, sich im gleichen Lokal in das Revier eines anderen Reiners

zu begeben, um dort in der Rolle des bescheidenen Gastes von neuem zu fressen und zu saufen. Man ist dann in einigen Städten zur „Hodersteuer“ gekommen, weil man mit Recht der Meinung ist, daß die Schlemmer lange in den Kneipen herumkumpeln. Das Ergebnis war immer ziemlich kläglich, und reichte in Breslau schon deshalb nicht zur Nachahmung, weil wir eine frühe Possestunde haben. Meistens fressen und saufen die Schlemmer meist zu Hause noch mehr als in der Kneipe. Man kann sie persönlich also nur schwer fassen, weshalb in Breslau die einzelnen Lokale unterschiedlich behandelt werden, und ebenso die einzelnen Getränkeorten. So gut als möglich hat man sich also auch an die Schlemmer heranzuarbeiten versucht und in diesem löblichen Bestreben dürfte unsere Stadtdirektorenfraktion auch weiter fortfahren.

Wie stellen sich die Protestler aber das Verhältnis unserer gemeindlichen Steuerabteilungen zu den Aufstichsbehörden vor? Neulich wurde hier eine Getränkesteuer beschlossen, wozu die Gemeinden von der Regierung geradezu gedrängt werden. Der Bezirksausschuss hat aber dieser Steuer keine Genehmigung nicht gegeben. Die Gründe der Ablehnung sind nicht mitgeteilt worden, man darf sie wohl aber darin suchen, was die Sozialdemokraten in die Steuer hineingebracht haben, indem sie auch dabei wieder an die Schlemmer dachten. Aus der Getränkesteuer hoffte man zunächst die Tumultschäden zu bezahlen, doch damit ist es vorläufig nichts. Daß unsere Fraktion trotzdem bemüht ist, insbesondere die Gasverbraucher zu entlasten, läßt verschiedene unserer Berichte erkennen.

Einen Protest lohnt die Sache übrigens heute nicht mehr, denn die Tumultschäden sind vor Wochen bereits bezahlt worden, und bei einem Gesamtpreis von 27 Milliarden infolge der Kohlensteuerung spielen 7 Millionen, die zur Deckung noch hineingerechnet werden sollen, gar keine Rolle mehr. Als vor Wochen die Frage auftauchte, was die Million noch etwas, heute sind sieben Millionen gleich Null. Und wenn wir von berufswegen auch noch etwas Tinte dafür opfern, sind diejenigen doch töricht, die deswegen treppauf-treppab laufen wollen, um Unterschriften zu sammeln. Zum Protestieren gibt es doch wirklich noch allerhand sonstigen Anlaß, der wichtiger wäre.

Kohlenpreis 32 Milliarden 652 Millionen.

Die ungeheure Kohlenpreiserhöhung ab 29. Oktober (1 Zentner kostet jetzt bei Steintohle rund 5,75 Milliarden und bei Braunkohlenbriketts rund 7 Milliarden) sowie die Erhöhung der Zufuhrkosten erfordert eine Neuauflage der Kleinhandelsabnahmepreise für Kohlen und Briketts. Die neuen Preise sind im Anzeigenteil veröffentlicht.

Reichsbanknotens als Zahlungsmittel. Auf Erlaß des Reichsministers der Finanzen sind zur Behebung der Zahlungsmittelknappheit von den Finanzstellen und städtischen Steuerstellen beliebige Reichsbanknoten zur Zahlung von Abgaben bis auf weiteres anzunehmen. Es wird jedoch auch auf die Möglichkeit der Zahlung mittels Banküberweisung hingewiesen.

Eine Versteigerung unanbringlicher Güter erfolgt am 7. und 8. November in der Güterabfertigung Breslau-Ost (siehe Inserat).

Notgeldscheine über 20 Milliarden Mark werden vom Magistrat herausgegeben. Im Anzeigenteil wird die nähere Beschreibung veröffentlicht.

Arbeiter-Samariter, 2. Bezirk. Freitag, den 2. November, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Daniel, Lehndamm 38/40.

Die gelbe Kugel ist plötzlich aus dem Verkehr verschwunden.

Diese Kugel war das Abzeichen der beliebtesten Straßenbahnlinie 18, die in so günstiger Weise die Scheitinger Vorstadt mit dem Zentrum und der Südvorstadt verbindet und für beide Vorstädte den Weg nach dem Stadt-Theater, dem Schauspielhaus, dem Konzerthaus, dem Hallenschwimmbad und nach der Schweidnitzer Straße mit Christophoriplatz, zwei wichtigen Brennpunkten des Stadtverkehrs, erleichtert. Die Linie 18 selbst fährt weiter, nur hat sie ihr Aussehen verändert. Man hat anstelle der Wagen mit den Quersäulen die großen Wagen mit den Längsäulen in ihren Dienst gestellt. Der Zweck ist, möglichst viel Personen in einem Wagen zu befördern und das Mitführen von Anhängerwagen zu erparieren, denn die jetzigen Wagen der Linie 18 haben 28 Sitzplätze, während die bis jetzt in Gebrauch gemessenen nur 21 Sitzplätze zählen.

Die Breslauer Feuerungsabteilung vom 29. d. Mis., die vom städtischen statistischen Amt nach den Grundlagen des städtischen Reichsamts errechnet wird und zugleich als Grundlage für die Berechnung der Reichsrichtzahl dient, beträgt 1 135 927 Millionen Mark (gegen 216 321,5 Millionen Mark in der Vorwoche und 104,6 Mark im Jahre 1913/14).

Die Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Bedürfnisanstalten werden vom 1. November an unter Berücksichtigung der immer weiter fortschreitenden Geldentwertung auf 50 Millionen Mark für je einen Frauenabort und auf 100 Millionen Mark für alle übrigen Aborte erhöht.

Warnung vor einem Betrüger. In letzter Zeit hat ein Betrüger wiederholt Mehl aus den Strehleiner Mühlen zum Kauf angeboten. Er hat auch in einem Fall eine erhebliche Anzahl erhalten. Seine Angaben haben sich als unwahr herausgestellt. Der Betrüger ist groß und kräftig, hat gestriekte Kasse, englisch gestrichelten Schnurrbart, gewandtes Auftreten.

Um Wärmehallen in verschiedenen Teilen der Stadt einzurichten, bemüht sich das städtische Wohlfahrtsamt um geeignete Räume. Eine ganze Anzahl derartiger Räume ist bereits gefunden. Mangel besteht augenblicklich vornehmlich in der Größe derer Vorstadt. Inhaber solcher Ecks oder Zimmer, die zur Aufnahme von 100 bis 200 Personen reichen, und die einen Keller zur Unterbringung von etwa 20 Zentner Braunkohle zur Verfügung stellen können, werden um Mitteilung an das Wohlfahrtsamt, Ritterplatz 1, Fernsprecher Ring 1560, gebeten.

Gebunden wurden heute Vormittag auf der Hauptpost rund 260 Milliarden. Abgeholt auf der Fundstelle des Hauptpostamts.

Breslauer Produktendörse vom 30. Oktober.

Umtliche Notierungen der an der Breslauer Produktendörse vom 30. Oktober 1923 tatsächlich gezahlten Preise ab schließlicher Verladestation netto Kasse Zug um Zug. Getreide: Bei besserer Kaufkraft fester. Die Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung. — Hülsenfrüchte: Angebote sind nur in wertbeständiger Währung vorhanden, daher Geschäfte in Papiermark nicht zu vermitteln. — Kartoffeln: Geschäfte wurden nur auf Goldmarkbasis von 1,80 abgeschlossen. — Rohfutter: Preise werden nicht notiert, da Geschäfte auf Basis Papiermark nicht abzuschließen sind. — Mehl- und Mahiprodukte: fester.

Table with 2 columns: Getreide, Hülsenfrüchte. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, etc. with prices in 100 kg units.

Table with 2 columns: Umtliche Notierung für Mählenerzeugnisse für 100 kg. Includes items like Weizenmehl, Roggenmehl, Hafermehl, etc. with prices in 100 kg units.

